

VERPFLICHTUNGSERKLÄRUNG ZUR TARIFTREUE UND MINDESTENTLOHNUNG

gemäß Saarländischem Tariftreue- und Fair-Lohn-Gesetz (STFLG)

Vergabeverfahren: Gebäudereinigungsleistungen und S2-Laborreinigung für das Leibniz-Institut für Neue Materialien gGmbH (INM), Saarbrücken

Bieter / Mitglied der Bietergemeinschaft:

Firma: _____

Anschrift: _____

PLZ, Ort: _____

Ansprechpartner: _____

E-Mail: _____

1. Erklärung zur Tariftreue und Entlohnung

Ich erkläre / Wir erklären hiermit verbindlich gegenüber dem Auftraggeber:

- 1. Einhaltung der Tarifverträge / Mindestlöhne:** Das Unternehmen verpflichtet sich, den im Rahmen der Leistungserbringung eingesetzten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der Ausführung des Auftrags mindestens diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Arbeitsentgelts zu gewähren, die durch den für die Gebäudereinigungsbranche bundesweit allgemeinverbindlich erklärten Lohntarifvertrag bzw. das Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) oder das Mindestlohngesetz (MiLoG) vorgeschrieben sind.
- 2. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit:** Sämtliche für die Ausführung der Reinigungsleistungen eingesetzten Beschäftigten werden gemäß den geltenden tariflichen Eingruppierungsbestimmungen entlohnt.
- 3. Weitergabe an Unterauftragnehmer:** Im Falle der Hinzuziehung von Unterauftragnehmern oder Verleihbetrieben verpflichtet sich das Unternehmen, diese ebenfalls schriftlich zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung sowie des STFLG zu verpflichten und deren Einhaltung zu überwachen.

2. Prüfrechte und Kontrollen

Ich erkläre / Wir erklären uns damit einverstanden, dass:

- der Auftraggeber oder von ihm beauftragte Dritte das Recht hat, die Einhaltung dieser Verpflichtungserklärung durch Einsichtnahme in Entgeltabrechnungen, Arbeitszeitrachweise und Stimmzettel/Zeiterfassungssysteme stichprobenartig zu überprüfen,
- dem Auftraggeber auf Verlangen die erforderlichen anonymisierten Nachweise und Dokumente zur Überprüfung der Einhaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unverzüglich vorgelegt werden,
- unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vorab über die Möglichkeit solcher Stichprobenkontrollen informiert werden.

3. Rechtsfolgen bei Verstößen

Mir / Uns ist bekannt, dass ein schuldhafter Verstoß gegen die Pflichten aus dieser Verpflichtungserklärung oder das vorsätzliche Abgeben einer unzutreffenden Erklärung:

- den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung des Dienstleistungsvertrags aus wichtigem Grund berechtigt,
- die Festsetzung einer Vertragsstrafe gemäß den Vergabe- und Vertragsbedingungen nach sich ziehen kann,
- den Ausschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge im Land Saarland für die Dauer von bis zu drei Jahren zur Folge haben kann.

_____, den _____
(Ort, Datum)

(Rechtsverbindliche Unterschrift und Firmenstempel)